

Sitzung des Kantonsrates**Kinderzulagen – ein Wille, aber noch kein Weg**

stü. Im Kanton Zürich erhalten Eltern, die bei einem Arbeitgeber beschäftigt sind, pro Monat und Kind zusätzlich zu ihrem Lohn 150 Franken als sogenannte Kinderzulage. Ausgerechnet die Ausschüttung dieses kleinen Zustupfs durch Arbeitgeber, die seit 1959 gesetzlich vorgeschrieben ist, bezeichnete ein CVP-Sprecher am Montag im Kantonsrat als unsozial. Nicht verstehen werden dies Eltern, für die Kinderzulagen ein rettendes Zünglein an der prekären Waage des monatlichen Familienbudgets darstellen. Kaum verstehen werden dies auch Eltern, die von dieser wohlfahrtsstaatlichen Segnung profitierten, ohne sie verlangt oder nötig zu haben. Verstehen werden es hingegen jene, die Kinderzulagen nötig hätten, ohne sie zu erhalten. Ihre Zahl nimmt zu in einer Zeit, in der häufiger versucht wird, ein Auskommen durch selbständige Berufstätigkeit zu erzielen. Denn wer keinen Arbeitnehmervertrag besitzt oder gar nicht arbeitet und trotzdem Kinder erzieht wie beispielsweise Studierende, an dem gehen die monatlich 150 Franken vorbei.

Diesen Sachverhalt hatte mit der CVP eine breite Front von FDP, SVP, Grünen, EVP und LdU im Blick, als sie durch Erheblicherklärung eines FDP-Vorstosses für die Überprüfung der Kinderzulagenregelung stimmte. Glaubt man den im Rat gehaltenen Voten, so will man von der einseitigen Finanzierung durch Arbeitgeber wegkommen, den Kreis der Bezüger auf Selbständige und Erwerbslose ausdehnen und die Kinderzulagen nach Einkommen der Eltern und Alter der Kinder abstufen. Die Kurzformel für diese Politik lautet: Weg vom Giesskannenprinzip, hin zur Unterstützung wirklich Bedürftiger.

Für Bürgerliche werden staatliche Mehrausgaben nicht in Frage kommen, während Mitte- und Linkspolitiker vor allzu strengen finanzpolitischen Zielvorgaben warnten und eine spätere Gesetzesvorlage an ihren sozial- und familienpolitischen Vorstellungen messen werden. Aus den sich teilweise widersprechenden Vorgaben des Parlamentes eine Gesetzesvorlage zu formulieren ist nun die Aufgabe, zu der die widerstrebende Regierung verknürrt worden ist. Fürsorgedirektorin Verena Diener sagte im Rat, der Wille für eine Reform der Kinderzulagen fehle zwar nicht, allein ein Weg dafür sei in der gegenwärtigen wirtschaftlichen Landschaft nicht in Sicht. Schon gar nicht auf das Abenteuer einlassen wollte sich die SP. Sie plädierte kurzum für die Ausdehnung des Bezügerkreises, Finanzierungsprobleme hin oder her. Allein, *dieser* Standpunkt zeigt nicht nur keinen Weg auf, sondern lässt gar jeglichen reformerischen Willen vermissen.

Die Sitzung im Überblick

zz. Der Kantonsrat hat am Montag mit 100 gegen 40 Stimmen eine Motion für erheblich erklärt, gemäss der das System der *Kinderzulagen* im Kanton Zürich zu überprüfen ist. Vorstösse betreffend eine Aufnahmestation für drogenabhängige Jugendliche und eine Pflicht zur Rückzahlung von Stipendien wurden abgeschrieben. Fraktions-erklärungen und eine persönliche Erklärung galten der Abstimmung über den *Ausbau des Heizkraftwerkes Aubrugg* im vergangenen März. Eine Interpellation betreffend die *Qualifikation von Lehrkräften* wurde für dringlich erklärt. In der Nachmittagsitzung genehmigte der Rat Grundsätze und einen neuen Rahmenkredit für den Zürcher Verkehrsverbund. Auf eine Kürzung der Staatsbeiträge an die Berufsbildung trat er nicht ein.